

Klimaschutz: Zwischen Zeigefingermentalität und Zumutungsaversion

Adriana Neligan / Matthias Diermeier, 17.02.2025

Nach der „Klimawahl“ 2021 spielt das Thema Klimaschutz im aktuellen Wahlkampf höchstens mit Blick auf die Transformationsbelastungen eine Rolle. Viele Menschen sehen vor allem andere Akteure und nicht so sehr sich selbst in der Verantwortung, aber der moralische Zeigefinger ist weniger erhoben als 2021. Hinsichtlich der als notwendig erachteten Maßnahmen für den Klimaschutz strukturieren sich die Einschätzungen entlang der Parteipräferenzen zwischen den ideologischen Gegenspielern Grüne und AfD.

Klimaschutz hat keine Priorität

Das deutsche Klimagesetz zielt darauf ab, Deutschland bis 2045 klimaneutral zu machen – die europäischen Regelungen sehen das bis 2050 vor. Im kommenden Vierteljahrhundert muss eine erhebliche Transformation mit massiven Investitionen auch zur Sicherung der künftigen Wettbewerbsfähigkeit stattfinden. Doch im Wahlkampf spielt der klimafreundliche Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft kaum eine Rolle, da vor allem Reformen rund um Gesundheit, Rente und Pflege, höhere Lebenshaltungskosten, die schlechte konjunkturelle Lage, Migration und innere Sicherheit in den Wahldebatten dominieren. Die geringe Priorität des Themas Klimaschutzes zeigt sich auch in der IW-Personenbefragung im Vorfeld der Bundestagswahl (Datengrundlage siehe Kasten). Nach der „Klimawahl“ 2021, erachtet aktuell nur jeder Vierte den Klimaschutz als eines der drei wichtigsten Themen für ihre

Wahlentscheidung. Von besonders geringer Relevanz ist die Klimapolitik in der AfD-Anhängerschaft (5 Prozent) gefolgt von BSW– (13 Prozent) und FDP–Sympathisanten (14 Prozent). Klimaschutz ist traditionell das Kernthema für die Grünen-Anhängerschaft: bei drei Vierteln gehört er weiterhin zu den Top–3–Themen – bei knapp der Hälfte steht er sogar an erster Stelle. Mit großem Abstand folgen die Anhänger von SPD und Linken, die in jeweils einem Drittel der Fälle Klimaschutz unter die Top–3–Themen wählen.

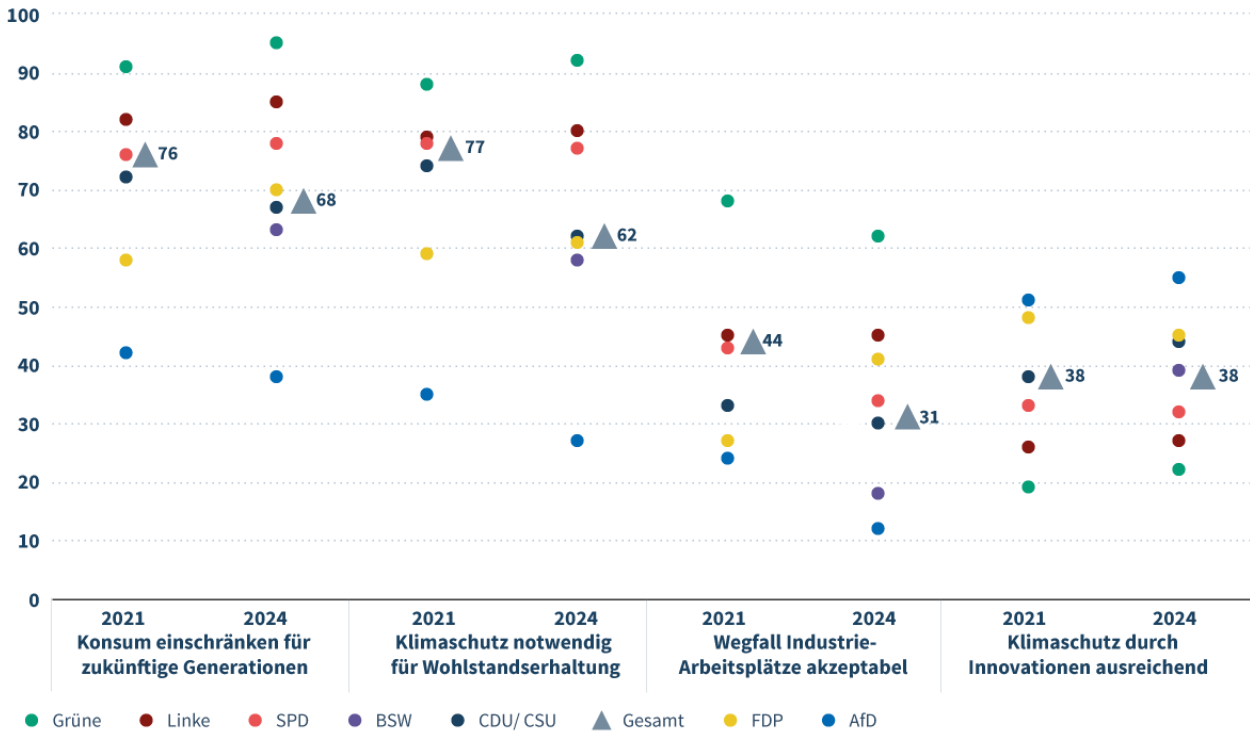
Weniger Zeigefinger bei Verantwortung

Zu einem politischen Streitthema wird die klimapolitische Transformation insbesondere dann, wenn „die Zukunft von Arbeitsplätzen oder die Relevanz von Lebenspraktiken“ (Mikfeld et al., 2024) verhandelt werden. Dabei ist für ein Gelingen der Umstellung unumgänglich, Lebensweisen zu überdenken, Prioritäten neu zu setzen und sich auf Veränderungen einzulassen. Das bedeutet, dass eine Generation Neuerungen und Anpassungen für den Klimaschutz neben den zusätzlichen Ausgaben für die Sicherheit und den Folgen der demografischen Alterung aus ihrem Einkommen und ihrer Arbeitskraft leisten muss (Hüther/Edenhofer, 2025).

Um die Klimakrise zu bewältigen sind alle Akteure gefordert. Dabei ist es misslich, dass der Blick auf die klimapolitische Verantwortung eine „Zeigefinger–Mentalität“ aufweist: Während nur 37 Prozent der Befragten

Einschätzungen Klimaschutz nach Parteipräferenz

Anteil eher und volle Zustimmung, nach Sonntagsfrage, in Prozent



Quellen: 2021: N=2.000; Personenbefragung von YouGov im Auftrag von Institut der deutschen Wirtschaft und SINUS-Institut; Befragungszeitraum: 17-22. August 2021. 2024: N=3.267; IW-Personenbefragung im Online-Access Panel von bilendi&resondi; quotenrepräsentativ nach den Merkmalen Alter/Geschlecht, Wohnort nach Bundesland und Einkommen; Befragungszeitraum 10.-18. Dezember 2024.

der Ansicht sind, selbst zu wenig zu tun, um die Klimakrise zu bewältigen, glaubt die Mehrheit, dass vor allem die Wirtschaft (65 Prozent), der Staat (57 Prozent) und die anderen Bürger (56 Prozent) hier zu wenig machen. Im Vergleich zur Wahl in 2021 (Bergmann et al., 2021) ist der erhobene Zeigefinger in Richtung Wirtschaft, Staat und Mitbürger jedoch deutlich (ca. 15 Prozentpunkte) zurückgegangen. Auch der Anteil, die meinen, dass sie selbst zu wenig tun, ist jetzt um 10 Prozentpunkte geringer. Die Grünen-Anhängerschaft ist mit Blick auf alle Akteure, vor allem auf sich selbst, besonders kritisch. Mehr als jeder zweite Grünen-Sympathisant glaubt, dass er selbst zu wenig macht – bei den Anhängern von BSW, FDP und AfD ist es jeweils nur jeder Vierte. Gleichzeitig mokieren Anhänger der Grünen mit erhobenem Zeigefinger am ehesten ein fehlendes Handeln bei Wirtschaft und Staat (je 87 Prozent) und bei ihren Mitbürgern (83 Prozent). Solche Defizite im Handeln attestieren FDP-Anhänger diesen Akteuren im Vergleich nur halb so oft. Noch seltener sehen Anhänger der AfD hier ein fehlendes Handeln der Akteure. Insbesondere denken sieben von zehn der Anhänger der AfD, dass der Staat ausreichend für den Klimawandel tätig ist.

Ganz grundsätzlich empfinden AfD-Parteigänger, der Staat „wolle ihnen vorschreiben, wie sie zu leben haben“ (85 Prozent) – Grüne am wenigsten (16 Prozent) (IfD Allenbach, 2023). Dass dies gerade in der Klimapolitik der Fall ist, passt zum Leugnen des anthropogenen Klimawandels durch die Partei, die zudem versucht, das Thema emotional zu einem „Kulturkampf“ aufzuladen. Ohne Klimawandel besteht demnach keine Notwendigkeit, Lebenspraktiken zu überdenken. Bereits im Jahr 2019 adelte Alexander Gauland den Klimaschutz „nach dem Euro und der Zuwanderung [als] das dritte große Thema für die AfD“ (Kamman, 2019). Die klimapolitische Mobilisierung der AfD baut geradezu auf dem erhobenen Zeigefinger anderer politischer Akteure auf.

Ausgeprägte Zumutungsaversionen

Je nach Parteipräferenz scheiden sich die Geister in der Bevölkerung bezüglich der notwendigen Klimaschutzmaßnahmen (Abbildung). Zwei von fünf Personen weisen habituelle Zumutungen von sich und meinen, dass sie ihren Lebensstil nicht ändern müssen, da es genügend Innovationen gebe, die den Klimawandel bekämpfen. Während nur ein Fünftel der Grünen-Anhänger

einem solchen Klimaschutz ohne Auswirkung auf das eigene Leben zustimmt, ist dies für jeden zweiten Anhänger von AfD (55 Prozent), FDP (45 Prozent) und CDU (44 Prozent) ein gangbarer Weg.

Ogleich neue Arbeitsplätze entstehen werden, wird die Transformation auch Industriearbeitsplätze in CO₂-intensiven Sektoren kosten. Für drei von zehn Personen ist es auch akzeptabel, wenn Industriearbeitsplätze durch den Klimaschutz wegfallen. Hier sind es mit drei von fünf vor allem die Grünen-Anhänger, die Jobverluste akzeptieren. Das ist bei Anhängern der AfD (12 Prozent) und des BSW (18 Prozent) deutlich seltener der Fall. Nicht nur bestehen Unterschiede, inwieweit ein klimapolitischer Strukturwandel als akzeptabel empfunden wird, ebenso unterscheidet sich die Wahrnehmung der Belastungen für die Wirtschaft: Jeder zweite AfD-Parteigänger macht sich große Sorgen um die Auswirkung des Klimaschutzes auf die Wirtschaft – unter den Grünen nur 30 Prozent. Zwei Drittel der Bevölkerung ist jedoch auch bereit, den Konsum für zukünftige Generationen einzuschränken. Für fast alle Grünen-Sympathisanten (95 Prozent) ist eine solche Einschränkung notwendig – bei der AfD sind es 38 Prozent. Für drei von fünf Befragten muss der Klimawandel stärker bekämpft werden, damit der Wohlstand erhalten bleibt. Während es neun von zehn der Grünen-Anhängerschaft so sehen, ist es nur jeder vierte AfD-Anhänger, der Klimaschutz als Wohlstandserhalt sieht. Im Vergleich zur Befragung im Jahr 2021 sind die Zustimmungsqoten deutlich niedriger, vor allem wenn es um Klimaschutz zum Wohlstandserhalt und die Akzeptanz des Wegfalls von Industriearbeitsplätzen geht. In der aktuellen Wirtschaftskrise verliert der Klimaschutz an Relevanz und Dringlichkeit in der Bevölkerung.

Konsequenzen für die Koalitionsgespräche

Die Bandbreite an Erwartungen an die neue Bundesregierung beläuft sich von einer vorrangig an Effizienz orientierten Transformationspolitik bis hin zur Rückkehr zu einem Klimaschutz ohne Zumutungen – aber auch ohne Wirkung (Hüther, 2025). Allerdings braucht es jetzt keine Zieldebatten mehr, sondern eine Umsetzungsoffensive, in der Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit und Transformation zur Klimaneutralität Hand in Hand gehen. Zentral ist eine Ausgestaltung der Klimapolitik, vor der die deutsche Wirtschaft gestärkt

wird und von den Chancen auf neuen Märkten profitiert (Hüther/Edenhofer, 2025).

Literatur

Bergmann, Knut / Diermeier, Matthias / Niehues, Judith, 2021, Klimaschutz und Parteipräferenz: Einigkeit in der Sache, Unterschiede in den Maßnahmen, IW-Kurzbericht, Nr. 67, Berlin / Köln

Hüther, Michael, 2025, Eine Agenda für die neue Legislaturperiode. Wettbewerbsfähigkeit und Transformation, IW-Policy Paper, Nr. 1, Köln

Hüther, Michael / Edenhofer, Ottmar, 2025, Klimapolitik: Klimaschutz hilft dem Standort, Gastbeitrag, 28.1.2025, ZEIT Online

IfD Allensbach, 2023, Allensbacher Archiv, IfD Umfrage 12074

Kamman, Matthias, 2019, Die AfD und die „sogenannte Klimaschutzpolitik“, 28.9.2019, Welt am Sonntag

Mikfeld, Benjamin / Neufeind, Max / Schreiter, Friedemann, 2024, Große Ziele, kleine Schritte?, in Bundeskanzleramt (eds.), Zwischen Zumutung und Zuversicht, Berlin

Datengrundlage

Die Auswertungen basieren auf der *IW-Personenbefragung* aus dem Dezember 2024. Vom 10.-18. Dezember 2024 wurden im Auftrag des Instituts der deutschen Wirtschaft über das Online-Access-Panel von Bilendi&respondi 3.288 Menschen ab 18 Jahren in Deutschland befragt. Die Befragung ist repräsentativ quotiert nach den Merkmalen Geschlecht/Alter (Kreuzquote), Wohnsitz nach Bundesländern sowie dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen. Befragte, die fehlerhafte Angaben in einer Kontrollfrage gemacht haben oder die Befragung zu schnell („Speeder“) abgeschlossen haben, werden nicht berücksichtigt. Die valide Nettostichprobe umfasst 3.267 Menschen. Befragte mit Hochschulzugangsberechtigung sind überrepräsentiert, solche mit niedrigem Bildungsniveau unterrepräsentiert. Die Nutzung von entsprechenden Anpassungsgewichten führen zu qualitativ vergleichbaren Ergebnissen. Für die Berechnungen wurde das ungewichtete Grundsampel verwendet.